

2018 hat die Schweiz die Geldfrage verschlafen. 2026 sollte sie aufwachen.

2018 hat die Schweiz die Geldfrage verschlafen.

2026 sollte sie aufwachen.

Wir haben abgestimmt, aber die Tragweite nie wirklich verstanden

Im Jahr 2018 stand die Schweiz an einem bemerkenswerten Punkt. Eine Initiative, die kaum jemand wirklich verstand, stellte eine der fundamentalsten Fragen unserer Zeit zur Abstimmung. Wer darf Geld erschaffen. Der Staat oder private Banken. Die sogenannte [Vollgeld-Initiative](#) wurde deutlich abgelehnt. Rund drei Viertel der Stimmenden sagten Nein.

Diese Abstimmung war kein Urteil über die Idee, sondern ein Lehrstück kollektiver Verblendung unter dem Deckmantel von Stabilität und Verantwortung. Die Materie war komplex, die Erklärungen technisch, die Gegenkampagne massiv. Bundesrat, Nationalbank, Banken und grosse Medienhäuser warnten vor einem gefährlichen Experiment. In einem solchen Umfeld entscheidet sich ein Souverän selten für das Unbekannte.

Heute, einige Jahre später, stellt sich die Frage neu und dringlicher denn je. Vielleicht, weil wir inzwischen erkannt haben, was wir 2018 noch nicht sehen wollten. Die Corona-P(landemie und weitere Entwicklungen haben schonungslos offengelegt, wie Macht tatsächlich ausgeübt wird.

Was damals wirklich zur Debatte stand

Die Vollgeld-Initiative zielte auf einen Kernmechanismus unseres Systems, das Mindestreservesystem. Sie wollte verhindern, dass Geschäftsbanken durch Kreditvergabe neues Geld erzeugen können. Denn genau das geschieht heute. Der grösste Teil des Geldes entsteht nicht durch die Nationalbank, sondern durch Banken, die Kredite vergeben und damit Buchgeld schaffen.

Was heisst das konkret? Wenn eine Bank einen Kredit vergibt, überweist sie nicht bestehendes Geld von einem Sparer an einen Kreditnehmer. Sie schreibt dem Kreditnehmer den Betrag schlicht auf seinem Konto gut. Mit diesem Moment entsteht neues Geld. Gleichzeitig entsteht auf der anderen Seite die Verpflichtung, diesen Betrag zurückzuzahlen. **Geld und Schuld entstehen also im selben**

2018 hat die Schweiz die Geldfrage verschlafen. 2026 sollte sie aufwachen.

Augenblick.

Das bedeutet:

Unser Geldsystem basiert nicht primär auf bereits vorhandenem Vermögen, sondern auf der Ausweitung von Krediten. Jeder neue Franken ist zunächst eine Verbindlichkeit im System.

Die Initiative wollte diese Macht zurückführen. Geldschöpfung sollte ausschliesslich durch die öffentliche Hand erfolgen. Banken hätten nur noch Geld verleihen können, das bereits existiert.

Das klingt für viele zunächst wie eine technische Feinheit. In Wahrheit ging es um nichts weniger als die Frage, wer die Kontrolle über die wirtschaftliche Grundlage unserer Gesellschaft besitzt.

Warum die Initiative scheiterte

Die Ablehnung hatte mehrere Gründe, die weniger mit der Substanz als mit der Wahrnehmung zu tun hatten.

Erstens war die Thematik schwer zugänglich. Selbst gut informierte Zeitgenossen tun sich schwer, die Mechanik von Geldschöpfung zu durchdringen. Wer sie nicht versteht, entscheidet vorsichtig.

Zweitens dominierte eine klare Erzählung. Die Initiative wurde als riskantes Experiment dargestellt, das die Stabilität des Finanzsystems gefährden könnte. In einem Land, das stark vom Vertrauen in seine Institutionen lebt, wirkte dieses Argument.

Drittens fehlte eine breite gesellschaftliche Übersetzung. Die Initiative blieb für viele abstrakt. Sie erklärte nicht überzeugend, warum das bestehende System konkret problematisch ist.

Genau hier liegt der Ansatzpunkt für eine neue Debatte.

2018 hat die Schweiz die Geldfrage verschlafen. 2026 sollte sie aufwachen.

Was sich seit 2018 verändert hat

Seit der Abstimmung hat sich das Umfeld fundamental verändert. Was damals noch abstrakt wirkte, ist heute konkrete Erfahrung. Negativzinsen haben das Verständnis von Geld erschüttert. Die Geldmenge wurde in nie dagewesenem Ausmass ausgeweitet. Die Inflation ist zurückgekehrt und spürbar im Alltag. Staaten haben Schulden in historischer Grössenordnung angehäuft.

Gleichzeitig hat sich etwas anderes gezeigt: Zugang zum Finanzsystem ist keine Selbstverständlichkeit mehr. Sanktionen, Kontensperrungen und Debanking-Fälle haben deutlich gemacht, dass Geld nicht nur ein neutrales Tauschmittel ist, sondern auch ein Instrument der Macht.

Und während wir das erst langsam begreifen, kündigt sich bereits der nächste Schritt an. Digitale Zentralbankwährungen. Auch ein digitaler Franken ist längst keine theoretische Idee mehr, sondern Gegenstand konkreter Prüfungen durch die Schweizerische Nationalbank.

Mit ihm entsteht eine neue Qualität von Geld. Digitales Zentralbankgeld wäre technisch programmierbar. Es könnte mit Bedingungen versehen werden, etwa hinsichtlich Verwendung, Gültigkeit oder Zugriff. Damit entsteht zumindest die Möglichkeit, Geldflüsse nicht nur zu beobachten, sondern auch gezielt zu steuern oder zu entziehen.

In Kombination mit den bereits gemachten Erfahrungen stellt sich eine unbequeme Frage:

Wenn Geld programmierbar wird, wer definiert dann die Regeln und unter welchen Voraussetzungen bleibt der Zugang erhalten? 2018 haben wir die Frage gesehen, verstanden haben wir sie nicht.

Umso mehr lohnt es sich heute, einen Schritt zurückzutreten und die strukturelle Logik unseres Geldsystems zu betrachten. Denn erst im grösseren Zusammenhang wird sichtbar, wie die einzelnen Elemente zusammenwirken und warum die Frage nach der Kontrolle des Geldes so zentral ist.

2018 hat die Schweiz die Geldfrage verschlafen. 2026 sollte sie aufwachen.

Die strukturelle Logik hinter dem System

Um diese Frage wirklich zu verstehen, lohnt sich ein Blick auf die grundlegenden Mechanismen unseres Geldsystems. Erst im Zusammenspiel wird sichtbar, welche Dynamiken daraus entstehen.

Unser heutiges Geldsystem ist im Kern kreditbasiert. Geld entsteht überwiegend durch Verschuldung. Immer dann, wenn ein Kredit vergeben wird, entsteht neues Geld. Dieses Geld muss jedoch inklusive Zinsen zurückgezahlt werden.

Daraus ergibt sich ein struktureller Mechanismus. Es muss systemisch mehr Geld zurückgezahlt werden, als ursprünglich geschaffen wurde. Diese zusätzliche Summe entsteht nicht von selbst. Sie kann nur ins System gelangen, wenn laufend neue Kredite aufgenommen werden.

Ein einfaches Bild:

Wenn insgesamt 100 Franken als Kredit entstehen, aber 110 Franken zurückgezahlt werden müssen, fehlen diese 10 Franken im System, es sei denn, irgendwo werden neue Kredite aufgenommen, die genau diese Lücke füllen.

Das System ist damit auf permanentes Wachstum angewiesen.

Der Zwang zur Expansion

Aus dieser Logik ergibt sich ein zweiter Schritt. Wenn eine Volkswirtschaft an ihre inneren Grenzen stösst und die Verschuldung ein bestimmtes Niveau erreicht, wird es zunehmend schwierig, weiteres Wachstum aus eigener Kraft zu erzeugen.

An diesem Punkt entsteht ein struktureller Druck zur Expansion nach aussen. Neue Märkte, neue Schuldner und vor allem neue Sicherheiten werden benötigt.

Gemeint sind reale Vermögenswerte, gegen die Kredite vergeben werden können: Rohstoffe, Infrastruktur, Land oder auch die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ganzer Staaten.

Wenn diese innerhalb eines Systems nicht mehr ausreichend verfügbar sind, richtet

2018 hat die Schweiz die Geldfrage verschlafen. 2026 sollte sie aufwachen.

sich der Blick zwangsläufig nach aussen.

Geopolitik und Ressourcen

An diesem Punkt wird es unangenehm, aber notwendig. Geopolitische Konflikte erscheinen oft wie isolierte Ereignisse. Tatsächlich folgen sie in vielen Fällen einer klaren wirtschaftlichen Logik.

Im Zentrum stehen reale Werte. Rohstoffe, Infrastruktur, Land und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Diese Werte sind nicht nur Grundlage für Produktion und Wohlstand, sondern dienen gleichzeitig als Sicherheiten, auf deren Basis Kredite vergeben werden können.

Wer Zugriff auf solche Sicherheiten hat, erweitert damit seinen finanziellen Handlungsspielraum.

Genau hier entsteht eine Dynamik, die über einzelne Länder hinausgeht. Wenn innerhalb eines Systems Wachstum und verfügbare Sicherheiten an Grenzen stossen, entsteht Druck. Dieser Druck richtet sich nach aussen. Es geht dann nicht mehr nur um Handel oder Kooperation, sondern um Zugriff. Zugriff auf Ressourcen. Zugriff auf Sicherheiten. Zugriff auf wirtschaftliche Strukturen.

Dieser Zugriff erfolgt selten direkt. Er beginnt mit politischer Einflussnahme, mit wirtschaftlichem Druck, mit Sanktionen oder mit der Unterstützung bestimmter Akteure. Ziel ist es, die Rahmenbedingungen so zu verändern, dass der Zugang zu diesen Werten möglich wird.

Wenn diese Mittel nicht ausreichen, verschärft sich die Dynamik. In diesem Licht erscheinen auch Regimewechsel weniger zufällig. Sie schaffen neue Voraussetzungen. Sie entscheiden darüber, wer Zugriff erhält, wer Projekte umsetzt und wer die daraus entstehenden Werte kontrolliert.

Was nach aussen oft als politischer Konflikt erscheint, folgt auf einer tieferen Ebene einer einfachen Logik: Wer reale Werte kontrolliert, kontrolliert auch die Grundlage für neue Kreditvergabe und damit für weiteres finanzielles Wachstum.

2018 hat die Schweiz die Geldfrage verschlafen. 2026 sollte sie aufwachen.

Ein einfaches Beispiel

Was abstrakt klingt, wird klar, wenn man es an einem einfachen Beispiel durchspielt.

Stellen wir uns ein Land vor, das über bedeutende Rohstoffe verfügt, etwa den Iran. Es plant ein Infrastrukturprojekt, zum Beispiel den Bau eines Hafens oder einer Pipeline.

Im ersten Szenario handelt das Land souverän:

- Es holt Angebote ein und entscheidet sich für den wirtschaftlich sinnvollsten Partner. Oft sind das Anbieter aus Ländern wie China, weil sie Projekte kostengünstig umsetzen.
- Die Finanzierung erfolgt über eigene oder partnerschaftliche Banken. Das Projekt wird gebaut, die Infrastruktur bleibt im Land und die Einnahmen fließen überwiegend in die eigene Volkswirtschaft zurück.
- Das Land behält Kontrolle, Wertschöpfung und Handlungsspielraum.

Im zweiten Szenario hat sich die politische Lage verändert.

- Durch äusseren Druck oder einen Machtwechsel kommt eine Regierung an die Macht, die sich stärker an westlichen Finanzstrukturen orientiert.
- Das gleiche Projekt wird nun anders abgewickelt.
- Der Auftrag geht an einen internationalen Konzern. Die Finanzierung erfolgt über grosse Banken wie JPMorgan, Goldman Sachs oder Citigroup. Der Kredit wird in US-Dollar vergeben.

Damit verändert sich die gesamte Logik.

Das Land muss den Kredit verzinst zurückzahlen. Über Jahre hinweg fließen Zahlungen ins Ausland. Die wirtschaftlichen Spielräume werden durch die Kreditbedingungen bestimmt. Entscheidungen orientieren sich nicht mehr primär an lokalen Interessen, sondern an den Vorgaben der Finanzierung.

Gleichzeitig entsteht auf der anderen Seite ein Vorteil.

Die finanzierende Bank hat nicht nur einen Kredit vergeben. Sie hat ihre Bilanz ausgeweitet und neues Geld geschaffen. Sie verdient an den

2018 hat die Schweiz die Geldfrage verschlafen. 2026 sollte sie aufwachen.

Zinsen, oft ein Vielfaches des ursprünglichen Betrags.

Hinzu kommt ein entscheidender Punkt. Die durch das Projekt entstehenden realen Werte, Infrastruktur, Einnahmenströme oder Rohstoffe, dienen als Sicherheiten für weitere Kredite.

Das bedeutet: Die Bank kann auf dieser Grundlage erneut Geld schöpfen. Reale Werte im Ausland werden damit zur Basis für finanzielles Wachstum im eigenen System.

So entsteht ein Kreislauf. Kredite schaffen Geld. Sicherheiten ermöglichen neue Kredite. Und diese neuen Kredite erzeugen weitere Abhängigkeiten und neue Erträge. **In diesem Licht erscheinen auch politische Einflussnahme und Regimewechsel in einem anderen Zusammenhang.** Sie schaffen die Voraussetzungen dafür, dass genau dieser Mechanismus greifen kann.

Kontrolle durch das Finanzsystem

Ein weiterer zentraler Punkt ist die Kontrolle.

Wer Zugang zum Bankensystem hat, kann wirtschaftlich handeln. Wer ausgeschlossen wird, ist faktisch handlungsunfähig. Ohne Konto kein Einkommen, keine Zahlungen, keine Teilhabe. Beispiele für Kontosperrungen und Debanking haben gezeigt, dass dieser Hebel real ist und eingesetzt wird.

Gleichzeitig hat das bestehende System eine grundlegende Schwäche. Es wirkt stabil, solange alle mitspielen. Solange Kredite wachsen, solange Vertrauen da ist, solange niemand genauer hinschaut.

Doch bei genauer Betrachtung wird klar: Das System funktioniert nur, solange es ständig weiter ausgeweitet wird. Neue Kredite, neue Sicherheiten, neue Geldströme. Ohne dieses permanente Nachschieben gerät es ins Wanken. Man kann es sich wie ein Kartenhaus vorstellen, das immer weitergebaut werden muss, damit es nicht zusammenfällt.

Und genau hier wird es brisant. Denn wenn ein System nur durch ständige Ausweitung stabil bleibt, stellt sich zwangsläufig die Frage, was passiert,

2018 hat die Schweiz die Geldfrage verschlafen. 2026 sollte sie aufwachen.

wenn diese Ausweitung an Grenzen stösst, also an das Ende des Systems. In diesem Moment geht es nicht mehr nur um Wirtschaft. Es geht um Kontrolle.

Wer die Regeln des Systems bestimmt, entscheidet nicht nur darüber, wer Zugang behält und wer ausgeschlossen wird. Er bestimmt auch, wer an den entstehenden Geldströmen verdient.

Die Gewinne fallen dabei nicht zufällig an. Sie entstehen dort, wo Kredite geschaffen, finanziert und gesteuert werden. Wer diese Prozesse kontrolliert, partizipiert an den Zinsen, an den Gebühren und an der Ausweitung der eigenen Bilanz. So verbindet sich Kontrolle mit wirtschaftlichem Vorteil. Und genau darin liegt die eigentliche Macht dieses Systems.

Und genau vor diesem Hintergrund erscheinen die aktuellen Entwicklungen in einem anderen Licht.

Die zunehmende Digitalisierung des Geldes ist nicht nur eine technische Weiterentwicklung. Sie eröffnet die Möglichkeit, ein System zu schaffen, das deutlich präziser gesteuert werden kann als alles, was wir bisher kannten.

Ein System, in dem Zugang nicht mehr selbstverständlich ist, sondern an Bedingungen geknüpft werden kann. Ein System, das weniger Spielraum lässt und mehr Kontrolle ermöglicht.

Gleichzeitig stellt sich eine naheliegende Frage: **Wer hat ein Interesse daran, dass genau dieses System entsteht und nicht ein anderes?** Denn ein Geldsystem ist nie neutral. Es entscheidet darüber, wer Zugang hat, wer profitiert und wer die Regeln setzt.

Ein System, in dem Geldschöpfung und Kontrolle stärker zentralisiert sind, sichert bestehenden Strukturen Einfluss und Erträge. Es stabilisiert die Position derjenigen, die heute bereits an den entscheidenden Schnittstellen sitzen.

Umgekehrt eröffnet ein anders gestaltetes Geldsystem neue Möglichkeiten. Wenn Geldschöpfung breiter verteilt ist oder stärker in öffentlicher / lokaler Hand liegt, verschieben sich die Machtverhältnisse. Entscheidungen rücken näher an die Gesellschaft. Verantwortung wird sichtbar. Einfluss wird weniger konzentriert.

2018 hat die Schweiz die Geldfrage verschlafen. 2026 sollte sie aufwachen.

Langfristig geht es dabei nicht zwingend um ein einziges alternatives Modell. Denkbar sind auch parallele Strukturen. Mehrere Währungen oder Geldsysteme können nebeneinander existieren und unterschiedliche Funktionen erfüllen. Regionale Lösungen, sektorale Ansätze oder neue Formen digitaler Zahlungsmittel könnten den Handlungsspielraum erweitern, statt ihn einzuengen.

Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass alternative Ansätze kaum Raum erhalten oder schnell an den Rand gedrängt werden. Nicht, weil sie technisch unmöglich wären, sondern weil sie bestehende Interessen berühren. Genau deshalb ist diese Debatte keine theoretische Frage, sondern eine sehr konkrete. Denn was auf globaler Ebene sichtbar wird, betrifft auch uns.

Nicht nur auf geopolitischer Ebene, sondern auch im Inland zeigen sich diese Mechanismen. Auch hier gibt es Strukturen, in denen bestimmte Akteure überproportional profitieren. Wer an den zentralen Schnittstellen des Finanzsystems sitzt, entscheidet nicht nur über Kreditvergabe, sondern partizipiert auch an den daraus entstehenden Erträgen. Zinsen, Gebühren und die Ausweitung von Bilanzen führen dazu, dass sich Vermögen systematisch konzentriert.

Das geschieht nicht unbedingt sichtbar oder bewusst gesteuert, sondern als Folge der bestehenden Systemlogik. Doch die Wirkung ist real. Finanzielle Vorteile entstehen dort, wo Geld geschaffen, verteilt und kontrolliert wird. Gerade deshalb ist die Frage nach der Ausgestaltung unseres eigenen Geldsystems keine abstrakte oder rein theoretische. Sie betrifft unmittelbar, wie Wertschöpfung verteilt wird und wer langfristig davon profitiert.

Warum diese Debatte jetzt notwendig ist

Die Schweiz steht an einem Punkt, an dem sie entscheiden muss, wie ihr Geldsystem künftig aussehen soll. 2018 haben wir über Vollgeld abgestimmt, aber wir haben diese Entscheidung unter völlig anderen Voraussetzungen getroffen. Viele der Mechanismen, die heute sichtbar sind, lagen damals im Verborgenen oder wurden unterschätzt. Heute verstehen wir deutlich besser, wie dieses System funktioniert.

Wir sehen, dass ein kreditbasiertes Geldsystem auf ständige Ausweitung angewiesen ist. Es braucht Wachstum, neue Schuldner und neue Sicherheiten, um stabil zu bleiben.

2018 hat die Schweiz die Geldfrage verschlafen. 2026 sollte sie aufwachen.

Vor diesem Hintergrund erscheinen wirtschaftlicher und politischer Druck nach aussen in einem anderen Licht. Wenn innerhalb eines Systems die Möglichkeiten begrenzt sind, richtet sich der Blick auf neue Märkte, neue Ressourcen und neue Einflussräume.

Kriege und Machtverschiebungen wirken damit weniger zufällig, als sie oft dargestellt werden. Sie folgen einer strukturellen Logik. Ein System, das dauerhaft auf Expansion angewiesen ist, wird diese Expansion auch einfordern. Politisch, wirtschaftlich und im Extremfall geopolitisch. Diese Dynamik zu ignorieren, heisst, das System nicht zu verstehen.

Gleichzeitig steht mit digitalen Zentralbankwährungen eine Entwicklung im Raum, die dieses Modell nicht ersetzt, sondern in eine neue Form überführen kann. Ein vollständig digitales Geldsystem wäre nicht nur effizienter, sondern auch umfassend steuerbar. Damit verschärft sich die Ausgangslage.

Denn wir stehen nicht mehr nur vor der Frage, ob wir ein kreditbasiertes System weiterführen. Wir stehen vor der Möglichkeit, dass dieses System mit neuen Instrumenten kombiniert wird, die Kontrolle und Eingriffsmöglichkeiten deutlich erweitern. Genau deshalb müssen wir diese Debatte neu führen.

Nicht, weil es politisch opportun ist, sondern weil wir heute verstehen, was wir 2018 nicht verstanden haben. Damals haben wir über das Geldsystem abgestimmt, ohne seine Tragweite zu erkennen. Heute wissen wir, wie zentral diese Frage ist.

Wenn wir sie jetzt nicht stellen, wird sie für uns beantwortet. Nicht in einer Abstimmung, nicht in einer offenen Debatte, sondern durch schrittweise Entscheidungen, die Fakten schaffen. Und dann entsteht ein System, das weniger Freiraum lässt als das heutige und gleichzeitig deutlich schwerer zu verändern ist.

Noch haben wir die Möglichkeit, diese Entwicklung zu verstehen, zu diskutieren und bewusst zu gestalten. Noch liegt die Entscheidung bei uns. Aber dieses Zeitfenster wird kleiner. Und wenn wir es ungenutzt verstreichen lassen, werden wir uns später nicht mehr fragen, warum wir nicht gehandelt haben, sondern nur noch damit leben müssen, dass wir es nicht getan haben.

Es wäre naiv zu erwarten, dass diejenigen, die im bestehenden System profitieren,

2018 hat die Schweiz die Geldfrage verschlafen. 2026 sollte sie aufwachen.

dessen Grundlagen grundsätzlich in Frage stellen. **Genau deshalb braucht es eine breite, unabhängige Debatte, die auch von Ökonomen geführt wird, die über die etablierten Lehrmeinungen hinausdenken und sich nicht hinter Modellen verstecken, deren Annahmen mit der Realität nur begrenzt übereinstimmen.**

Epilog

Die Finanzoligarchie mag demnach keine souveränen Staaten.

Gerade vor diesem Hintergrund lohnt sich ein genauer Blick auf die aktuellen Entwicklungen in der Schweiz. Die Diskussion um die Bilateralen III wird überwiegend als wirtschaftliche Notwendigkeit dargestellt. Kaum thematisiert wird, was sie strukturell bedeuten.

Mit jeder weiteren Angleichung von Regeln, Standards und institutionellen Mechanismen verringert sich der Spielraum für eigenständige Entscheidungen. Was als Harmonisierung verkauft wird, ist faktisch eine schrittweise Integration in ein System, dessen zentrale Parameter ausserhalb der eigenen Kontrolle liegen.

Das hat Konsequenzen. Denn ein Geldsystem ist nie isoliert zu betrachten. Es ist eingebettet in rechtliche, wirtschaftliche und institutionelle Strukturen. Wer diese Strukturen vereinheitlicht, schafft die Voraussetzung dafür, auch finanzielle Prozesse leichter zu integrieren und zu steuern.

Eigenständige Modelle, wie sie die Schweiz historisch gepflegt hat, stehen dieser Logik entgegen. Sie erschweren Zugriff, begrenzen Einfluss und entziehen sich einer vollständigen Einbindung. Genau deshalb geraten sie unter Druck. Nicht, weil sie nicht funktionieren würden, sondern weil sie nicht nahtlos in grössere Systeme passen. Systeme, die auf Skalierung, Vereinheitlichung und zentrale Steuerbarkeit ausgelegt sind.